

An die
Präsidentin des Nationalrats
Doris BURES
Parlament
1017 Wien

GZ: BKA-353.110/0076-I/4/2017

Wien, am 31. Juli 2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Korun, Freundinnen und Freunde haben am 31. Mai 2017 unter der **Nr. 13248/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Verlängerung des saudischen Interessenfunktionärs Bin Muammer als Generalsekretär des König Abdullah Zentrums gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 18:

- *Welche offiziellen Positionen bekleidet Bin Muammars in Saudi Arabien derzeit bzw. welche sonstigen Anstellungen in Saudi-Arabien hat er?*
- *Wusste die österreichische Regierung von der Stellung Bin Muammars als Staatssekretär, Diplomat bzw. als Berater des Königs, als er zum Generalsekretär des KAICIID ernannt wurde? Waren diese zum Zeitpunkt der Ernennung noch aufrecht?*
- *Falls nein, wann wurden Ihnen diese Tatsachen bekannt und was unternahmen Sie daraufhin?*
- *Falls ja, weshalb wurde Bin Muammar, der somit die üblichen Voraussetzungen der Unparteilichkeit als Generalsekretär nicht erfüllt, mit den Stimmen der österr. Regierung gewählt?*
- *Falls ja, inwiefern entspricht es österreichischen Interessen, eine Organisation, von welcher Österreich ein Gründerstaat ist und die in Wien angesiedelt ist, offiziell unter die Führung eines saudischen Regierungsmitglieds zu stellen?*
- *Halten Sie daran fest, dass es sich beim KAICIID um eine internationale, unabhängige Organisation handelt, obwohl diese nach dem ehemaligen saudischen König benannt ist und ein saudischer Regierungsfunktionär dort den Generalsekretär stellt?*

- *Ist Ihnen bekannt, ob Herr Bin Muammar überwiegend in Österreich lebt oder sich mehr als die Hälfte des Jahres jeweils in Saudi Arabien aufhält?*
- *Falls er überwiegend in Saudi Arabien aufhält: Wie stellen Sie sicher, dass er ausreichend seinen umfangreichen Pflichten als Generalsekretär des KAICIID nachkommt?*
- *Wie hoch ist das derzeitige jährliche Nettogehalt des Generalsekretärs des KAICIID?*
- *Ist dieses Gehalt von österreichischen Steuern und Sozialversicherungen befreit?*
- *Welche sonstigen Vergünstigungen und Immunitäten genießt der Generalsekretär des KAICIID in Österreich (rechtlich, steuerlich, versicherungstechnisch usw.)?*
- *Sehen Sie eine internationale Organisation, die für interreligiösen Dialog eintreten soll, dessen Generalsekretär aber selbst für die saudische Regierung arbeitet, welche regelmäßig an schweren Verbrechen gegen die Religionsfreiheit beteiligt ist, als glaubwürdig an?*
- *Falls ja: Sehen Sie die Religionsfreiheit nicht als grundlegende Voraussetzung für eine internationale Organisation, die angeblichen interreligiösen Dialog betreiben will, an?*
- *Wie stehen Sie zu der in der Begründung genannten, polemischen Kritik des Herr Bin Muammars gegenüber allen Kritikerinnen des Zentrums? Haben Sie sich dazu geäußert? Falls ja, wann und wie genau? Falls nein weshalb nicht?*
- *Sehen Sie es als angemessen an, dass MenschenrechtsaktivistInnen nach wie vor jeden Freitag vor dem KAICIID für die Freilassung des saudischen politischen Gefangenen Raif Badawi und Abu Al Khair demonstrieren?*
- *Falls ja, werden Sie dazu Gespräche mit dem Generalsekretär suchen, um ihm dazulegen, dass solche Proteste zu den Menschenrechten der österreichischen Bürgerinnen gehören und somit solche öffentlichen Hasstiraden des Generalsekretärs unangebracht sind?*
- *Falls nein, weshalb nicht?*
- *Wie wird Österreich als einer der drei Gründungstaaten des KAICIID hinreichend durch konkrete Maßnahmen sicherstellen, dass die Organisation, welche als internationale Organisation unparteiisch geführt werden sollte, nicht von saudischen Eigeninteressen geleitet wird?*

Auf Grund der öffentlichen Debatte um das Zentrum im Jahre 2015 hat sich Österreich mit den anderen Vertragsparteien des Übereinkommens zur Errichtung des internationalen König Abdullah Bin Abdulaziz Zentrums für interreligiösen und interkulturellen Dialogs über einen Aktionsplan zur Zukunft des Dialogzentrums geeinigt, der insbesondere einen stärkeren Fokus auf das Verhältnis von Religionsfreiheit und Menschenrechten legt und die Zielsetzung einer Öffnung und neuen Kommunikationskultur des Zentrums enthält.

Im Übrigen verweise ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 13249/J durch den zuständigen Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. KERN

